

Isopische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3667, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 600. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) i. V.: K.-W. Philipp, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

15 Pf. ^[Anw. 20 Pf.] • Nr 274 • A 140

SONNABEND, 13. JUNI 1931

MORGEN-AUSGABE • V

Brünnings Stellung gefestigt Treuherrens' Lieblingskind

Luthers Warnung an die Deutsche Volkspartei

Von DR. ERICH KRÄMER

Reichstager Dr. Brüning findet heute, nach seiner Rückkehr aus Reichel, eine wesentliche Ergänzung der Auffassung der politisch-parlamentarischen Situation vor als 24 Stunden früher, da er zum Vortrag beim Reichspräsidenten nach Döhringen reiste.

Wichtig ist festzuhalten, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trotz der unvorstellbaren Erbitterung, die in gewissermaßen allen Kreisen über die ungeduldige Zustimmung in der Rotenordnung, vertritt, eine Entfaltung angenommen hat, die jede Kampfanzeige vermeidet und die Stellung zu der Forderung nach Einberufung des Reichstags abhängig macht von den weiteren Erklärungen des Reichspräsidenten über die Möglichkeiten einer Einberufung der parlamentarischen Parteien aus der Rotenordnung, während die sich aus der Krisenlösung ergeben und aus den neuen Vorarbeiten über die Arbeitslosenversicherung für Jugendliche und die Gesundheitsreform. Die Entfaltung hat folgenden Inhalt:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stellt fest, daß die neue Rotenordnung eine große Anzahl von Bestimmungen enthält, die die wertvollen Kräfte auf den allerschwersten Belastungen. Ihre Durchführung würde eine untragbare Verschärfung der Lebenslage des wertvollen Volkes zur Folge haben. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war und ist bereit, zur Sicherung der sozialen Einrichtungen und zur Lebensverbesserung der Arbeiterschaft an der Sanierung der öffentlichen Finanzen mitzugreifen. Die neue Rotenordnung, die aber durch ihre treffliche Einseitigkeit die untern Volksschichten aus schwerer Belastung, die die größte Erregung auslöst. Diese Erregung ist um so berechtigter, weil die Rotenordnung Eingriffe enthält, die sozial nicht mehr gerecht, unzumutbar und nutzlos sind, dabei aber unangehörig verbleiben werden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion fordert deshalb eine Änderung der Rotenordnung, die den berechtigten Forderungen der breiten Massen des Volkes entspricht.

Die Fraktion hat davon Kenntnis genommen, daß der Fraktionsvorsitzende Verhandlungen mit der Reichsregierung aufgenommen hat, um eine durchgreifende Abänderung der Rotenordnung zu erreichen. Sie will die Entscheidung über ihre weiteren Schritte von dem Ergebnis dieser Verhandlungen abhängig machen. Deshalb betragt sich die Fraktion auf Dienstag vormittag 9 Uhr. In der neuen Sitzung wird sie sich entscheiden, ob sie eine Einberufung des Reichstags verlangen will.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion will sich am Dienstag vormittag erneut versammeln, um endgültig Beschlüsse über die Haltung im Reichstag zu fassen.

Innerhalb der Deutschen Volkspartei haben sich inzwischen auch Gedanken geltend gemacht, ob die Zahl der Wähler gegenüber dem Reichspräsidenten am Wochtag war. Seitdem man hier weiß, daß der Reichstag sich auch durch die Drohung mit der Einberufung des Reichstags nicht bewegen lassen wird, die Einberufung des Reichstags nicht gegen die Wünsche des Völkervereins vorzunehmen, denkt man anders über den jüngsten Fraktionsbeschluss. Oester war aus der Reichsausführung der Deutschen Volkspartei verbannt, dem das von der Reichstagsfraktion erzielte Einverständnis des Reichspräsidenten wohl vorgezogen haben dürfte. Er hat die finanziellen und wirtschaftlichen Bedingungen der Reichstags, die zu erwarten seien von einer turbulenten Sanierung des Reichstags, die ihm schließlich tragbares Ergebnis haben, aber außenpolitisch unendlich viel Sorgen verursachen kann.

Diese Warnungen des Reichspräsidenten sind nicht ohne Eindruck geblieben. Zwar hat der Reichspräsident dem Partei-Verein Döhringen kein Vertrauen ausgesprochen, aber es ist zu erwarten, daß er es vermeiden hat, in der Frage der Reichstags-Einberufung dem Fraktionsbeschluss ausdrücklich zuzustimmen. Die Fraktion hat freilich ihren Beschluss am Montag zu ändern, und bei dem Stimmenverhältnis von 15:13, mit dem der Beschluss zustande gekommen ist, ist eine Revision sehr wahrscheinlich.

Auch vom Landesherrn erwartet man keine Festlegung auf eine Einberufung des Reichstags, seitdem man weiß, daß es Dr. Brüning mit der Demissionserklärung durchaus ernst ist, und daß er entschlossen ist, die weitgehenden Folgen aus zu ziehen, die er angeht. Nicht geringen Einfluss auf die öffentliche Entscheidung wird die Rede haben, die Dr. Brüning am Sonntag vor der Reichstagsfraktion des Zentrums halten wird, die nach Südbayern einberufen ist.

Innangemeldet: Da politische Stimmungsbarmometer ist günstiger als am Tage vorher.

der katholischen Aktion noch nicht berechtigt sind, irgendwelche entscheidende Maßnahmen zu treffen, die allein dem Papst zu stehen.

„Energie ohne Anwendung“

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 12. JUNI

Der Reichspräsident des Reichstages, Abgeordneter Joos, sprach heute im Berliner Kongress-Institut in Anwesenheit des deutschen Reichspräsidenten über: Die neue Entscheidung in der deutschen öffentlichen Meinung und ihre Ursprünge. Auf die wirtschaftliche Seite, die besonders Deutschland heimische, hat der Deutsche, durch den Krieg geschädigte Organismus, nicht vorbereitet gewesen. Die Lage in Deutschland ist einerseits durch die Schwächung, andererseits durch das Auswachen einer Energie zu erklären, die als „Energie ohne Anwendung“ eine Gefahr bildet. Die Frage ist, ob die Migration in ihrem Sanierungsstadium durch das Volk unterstützt werden wird.

Joos richtete eine Warnung aus Anstand hinsichtlich der Reparationsfrage. Es ist leicht, dem Bedenken zu erliegen, daß es den Krieg verloren habe. Es geht aber eine psychologische Grenze, und die Bemühungen des Reichspräsidenten scheitern sich jetzt dieser Grenze zu nähern.

Der Vortrag schloß mit einem Appell an die Solidarität Europas und vor allem mit einem Hinweis auf die Notwendigkeit deutsch-französischer Zusammenarbeit.

Reichsbank erhöht den Diskont

Das Reichsbank-Direktorium hielt gestern nachmittag eine längere Sitzung ab und beschloß, den Zentralsatzung für heute nachmittag 3 Uhr einzuberufen. Es ist zu erwarten, daß der Diskont der Reichsbank als Folge der starken Devisennotlage um mindestens 1 o. o. erhöht wird.

(Ärteres ist die Handelszeitung)

Prozessionen ohne Freiwilligkeit

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

ROM, 12. JUNI

Die Rückkehrungen des römischen Erzbischofs zwischen Eilat und Stiche beginnen jetzt auch dem Lande sichtbar zu werden. Das Verbot der Prozessionen hat tiefen Eindruck auf die Bevölkerung gemacht, ohne sie überall von der Notwendigkeit der Maßnahme zu überzeugen; namentlich dort, wo die Prozessionen als Arbeitsleistung für die gute Erde aufgefaßt werden, haben sich mannigfache Unfriedensigkeiten ergeben.

Um einigen Orten Evidenzhalten wird gemeldet, daß die Bevölkerung sich die Freiwilligkeit für die Prozessionen eigenständig aus den Stichen geholt und zu den Feldern getragen haben. In den Abruzzen ist es darüber zu einem heftigen Konflikt gekommen, welcher weitere Folgen nicht übersehen läßt. In dem Dorf Matabella bewirkte die Bevölkerung von dem Ortsparocher die Veranstaltung der üblichen Sommerprozession. Daraufhin hat der Bischof über die ganze Gemeinde das Interdikt verhängt. Die Kirchen werden geschlossen. Es werden keine Gottesdienste abgehalten und die Toten müssen ohne geistliche Beistand beigesetzt werden. Zwanghaft ist die diplomatische Lage unversichert. Eine Anzahl des Papstes auf die italienische Autonomie ist noch nicht erfolgt. Der Vatikan ist nicht im Zweifel darüber gelassen worden, daß mit der italienischen Seite von italienischer Seite alles gesagt worden war. Namentlich erforderte ein Nachgeben in der Frage der Jugendorganisationen gänzlich ausgeschlossen.

Trotzdem ist man in den italienischen Kreisen nicht durchwegs pessimistisch, weil die Übernahme der Leitung der katholischen Aktion durch die Bischöfe die politische Einflußnahme der Kirche ausgleicht hat. Allerdings hat der Papst die Bischöfe wiederum daran erinnert, daß sie mit der Übernahme der Leitung

Die Rotenordnung hat uns fürs erste keine Sanierung, sondern eine Vertrauenskrise von besonderer Schwere geschaffen. Psychologische Faktoren wiegen nicht leichter als materielle. Der Schaden, den die deutsche Allgemeinheit durch den Vertrauensverlust jetzt schon erlitten hat, wird sich schwerlich durch den Ruhen kompensieren lassen, den das Sanierungsprogramm allenfalls noch zu tun bringen wird.

Obwohl es ist unmöglich, in einer ausgleichenden Volkseinstimmung mehr als 1200 Millionen zusammenzubringen, ohne irgend jemandem weh zu tun. Aber der Schaden, der bei dem Vertrauensverlust der Rotenordnungen eingetreten ist, wäre jedenfalls erheblich geringer gewesen, wenn Inhalt und Aufbau der Rotenordnung der Öffentlichkeit planmäßig bekannt hätte, daß die Regierung so nicht anders handeln konnte.

Obwohl sie diese Vorteile hätten, kann man von der Rotenordnung wahrhaftig nicht behaupten. Von ihrer sozialen Ungerechtigkeit, von der Härte ihres Eingriffs abgesehen, zeigen sie auch diesmal die charakteristische Eigenschaft jeder Völkerverordnung, der das retardierende Moment der parlamentarischen Anlagen fehlt: die Schäden der Ministerien werden geöffnet, lang zurückgehaltene Lieblingsideen betonen ihre Paragrafenfähigkeit und so wurde das Ganze schließlich eine unorganische Addition aller der Projekte, die sich im Sanierungskampf der Ministerialbürokratie durchzusetzen vermochten. So hat ja der Artikel 48 herhalten müssen, dem deutschen Volke eine Reform der staatlichen Aufgaben und der Arbeitskräfte zu beschreiben.

Die Idee der Arbeitsdienstpflicht wird in Deutschland seit Jahren propagiert. Große Verbände, vor allem der Stahlhelm und Jungvolk, haben sich mit ihr identifiziert, „Autarkien“ zu ihrer Förderung haben sich gebildet, Proleten hätten sich, so ist eine Forderung, als ob aus ihr so etwas wie eine „Bewegung“ werden sollte. Aber diese Bewegung kam rasch zum Stehen vor den niedrigeren Berechnungen der lohnwirtschaftlichen Reaktionen des Arbeitsmarktes, die in einer Befriedigung im Januar dieses Jahres bei Hitlerpredigen dieser Idee bewiesen, daß eine Arbeitsdienstpflicht von nennenswerten Nutzen — ganz abgesehen von dem Vee von Wehen, das außerdem sich einstellen würde, wenn man es erfordern würde, die auch für ein reicheres Land außerhalb jeder Disziplin liegen.

Seitdem ist es um den Gedanken der Arbeitsdienstpflicht recht still geworden. An ihrer Stelle wurde, was die Sanierung, die sich vor dem Zwangsdenken aufklärten, zu befehlen, die Formel des freiwilligen Arbeitsdienstes gefunden. Der so modifizierte Idee hat sich der Reichsminister Treutmann mit besonderer Wärme angenommen. Er hat sie in privaten Konferenzen mit den sympathisierenden Organisationen zu klären versucht. Sein Wert ist es, daß sie in der Rotenordnungen ihren Platz erhielt. Die zuständigen Minister, Arbeits- und Finanzministerien, haben daran keinen Anteil. Wenn überhaupt, so hätte man die Spuren ihrer Arbeit wohl darin erkennen, daß diese Aufnahme wenigstens in der unerbittlichen Form einer Staatsverpflichtung konstatieren ging.

Um zwei Drittel hat der Gedanke des freiwilligen Arbeitsdienstes zunächst etwas Befestigung. Die Arbeitslosigkeit ist ja nicht nur ein ökonomisches, sondern ein seelisches Problem. Damit, daß man den Arbeitslosen durch öffentliche Unterweisung das Gefühl mitteilt, und nicht einmal das, nützlich zu tun, ist in der Tat entsetzlich wenig geföhren. Das fürchterlich bestimmende Gefühl, außerhalb des sozialen Organismus zu stehen, wird den Arbeitslosen nicht dadurch genommen, daß der Staat ihnen jede Woche eine Summe in die Hand drückt, die sie notwendig für den Verdienen bedarf. Wenn es ein Mittel gäbe, diese Unglücklichen in das soziale Gefüge einzureihen, ihrer Erfindung wieder Sinn zu lassen, wäre es allerdings unversöhnlich, nicht mit beiden Händen danach zu greifen.

Der freiwillige Arbeitsdienst, so argumentieren diese Befürworter, ist ein Mittel, der Arbeitslosen, der sich zum Arbeitsdienst zur Verfügung stellt, soll nur ein geringes Tagelohn erhalten, dessen Kosten, vermehrt um den Aufwand für Verpflegung und Unterkunft nicht höher sein dürfen, als die Höhe der Arbeitslosenunterstützung, die er sonst erhalten hätte. Ihm ist demnach geföhren; denn er leistet nützliche Arbeit. Der Allgemeinheit ist geföhren, denn sie empfängt nützliche Arbeit. Die Arbeitslosen erhalten keinen Schaden, denn sie hätten die Beträge, die

Fe fehlt für den Arbeitsdienst ausgeben, ohnehin als Unter-
stützung aufbringen müssen.

Die Rechnung geht nicht auf. Denn der Arbeitsdienst-
pflichtige kann ja nicht arbeiten ohne Arbeitsmittel, und die
Mittel für diese Arbeitsmittel fehlen in all den gutgemeinten
Projekten, vielmehr will ihre Urheber glauben, daß sie keine
wesentliche Rolle spielen. Aber gerade hier liegt der Zwang-
punkt, denn in allen für den Arbeitsdienst in Betracht
kommenden Arbeiten, ob man an Meliorationen, Straßen-
bauten, Sanatorien oder was sonst herum denkt, getragen
von Kraft für das Arbeitsmaterial mindestens doppelt soviel
wie die Kosten für die reine Arbeitskraft. Um eine Straße zu
bauen, braucht man eben nicht nur Arbeiter, sondern auch
Geld, Zehr, Maschinen etc., und diese Schaufelarbeiten
des Arbeiters sind eben nicht anders als die des Bau-
willigen Arbeitsdiensts zu einem Teil, natürlich auch nicht
vollständig, ähneln konnte. Man hat ausgerechnet, daß die
Verpflichtung von 100 000 Arbeitsdienstpflichtigen während
acht Monaten nicht viel weniger als 200 Millionen erfordert
würde, während die Unterhaltung einer ebenso großen An-
zahl zwischen 20 und 60 Millionen kostet. Und was bedeutet
jetzt eine Verpflichtung von 100 000 Arbeitslosen auf dem
Boden der Arbeitsdienstpflicht zu einem Arbeitslosen von
zwei Millionen?

Der Arbeitsdienst, auch der freiwillige, heißt also nur
ähnlichen Schwereigkeiten wie jede Art von produktiver Erwerbs-
losenfürsorge. Die Kapitalsummen, die aufgebracht werden
müssen, um durch sie auch nur eine merkbare Erleichterung des
Arbeitsmaterials zu beschaffen, können nur durch Steuern be-
zahlt werden, die wieder an anderen Stellen der Wirtschaft
Arbeitslosigkeit verursachen. Man erhebt 140
Millionen, fast 50 Prozent des gesamten Einkommens aus
der Arbeiterklasse — nur zu dem Zweck, durch Subventionen
der Reproduktion Arbeits Brot zu verschaffen. Wieviel
Arbeiter aber dadurch arbeiten werden, das überläßt
ihnen Angelegten und Gemeinwerbenden ihren Verstand
um dieses Summe einzunehmen müssen, darüber vermag man
Berechnungen anzustellen. Selbstverständlich gehören be-
deutete diese Politik eine Mangelsubventionierung der Pro-
duktionsgüter-Industrie durch die Konsumgewerbe, und es
fehlt jeglicher Anhalt für die Annahme, daß dieses Kapital
durch besser angelegt ist als an den Stellen, an denen es sich
bei seinen natürlichen Abflüssen sammeln würde. Das Gegen-
teil ist meistens der Fall. Die gesamte Wirtschaft der
Industrie zum Beispiel, die in der letzten Woche einsteht,
wird durch ihre grundsätzliche Steuerpolitik jedenfalls nicht
gefordert. Es gibt in Deutschland kein keine verbotenen
Kapitalerwerb mehr, die man von Staats wegen mobilisieren
könnte. In Amerika wurde eine ähnliche Anleihe von
achtundacht Millionen Dollar in wenigen Tagen lebhaft
übernommen, das heißt, die amerikanische Wirtschaft hat
sich für uns um ein Vielfaches mehr als 21 Milliarden
Mark dem Staat zu borgen. Will solchen Summen ließe sich
vielleicht Konjunkturpolitik treiben.

Sinter diesen prinzipiellen Einwänden stehen die Bedenken
einer einzelnen Bestimmungen des Gesetzes zurid. Aber auch
sie sind immer genug. Gegenstand des freiwilligen Arbeits-
dienstes dürfen nur „gemeinschaftlich zu leistende Arbeiten“ sein,
die auf dem Wege von Arbeiterarbeitern nicht hergestellt
werden können. Wie weit man sich bemühen darf, kann man
überflüssigen Arbeiten durchgeführt werden? Es gibt nicht
vielen heutzutage, was nicht lebensnotwendig ist und doch
nicht überflüssig wäre.

Die Arbeiten sollen „gemeinschaftlich“ sein. Das läßt sich
leicht anordnen als durchzuführen, vor allem da außer den
öffentlichen Körpern auch private Vereinigungen, wenn
sie nicht auf Gewinn gerichtet sind, als „Internehmen“ des
Arbeitsdienstes zu umfassen. In wie weit man kommen
ja schließlich in erster Linie immer den Besten des ver-
besserten Landes ausgeht.

Damit ist die Gefahr der Lohnrückerei durch den
Arbeitsdienst außerordentlich groß. Sie wird verschärfert durch
die keinesfalls aufrecht zu erhaltende Bestimmung, daß beim
Arbeitsdienst nicht einmal die Vorschriften des Arbeitsun-
ternehmens und das gesetzlich vorgegebenen Arbeitsfähiges ein-
gehalten zu werden brauchen. Selbst bei der Unfall-
versicherung kann abgesehen werden. Unter diesen Umständen
verliert der Arbeitsdienst jede ethische Grundlage, die doch
allein rechtfertigen könnte, daß man allen Bedenken zum
Trotz jene Durchführbarkeit praktisch zu erproben versucht.
Für manche „gemeinschaftlich“ Vereinigungen könnten gerade
diese Bestimmungen der Anteil sein, es mit dem freiwilligen
Arbeitsdienst einmal zu versuchen, denn sonst würde die
meisten nicht gerade Arbeiterklasse vorziehen, auf deren
Arbeitsfähigkeit mehr Verlaß ist, als auf den vielleicht schnell
erkaltenden Eifer ungebildet jugendlicher Menschen. Welche
Kontrolle kann hier Mißbräuche verhindern?

Die Idee des Arbeitsdienstes stammt aus der Epäre jenes
romantischen Idealismus, der nicht der schärfste Teil des
deutschen Erbes ist. Aber diesen weltlichen Wert offen-
bar nicht mehr, sondern er ist sich nicht weniger paart,
mit höherem Sinn der Arbeitenden. Ganz ist eine Gefahr
oft größer als sein Nutzen, und an wenig Dingen hat unsere
eigene Land mehr überleblich als an Institutionen.

Drei Milliarden Franks Defizit

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 12. JUNI

Im heutigen Ministerrat wurde die Finanzlage Frankreichs
erörtert. Durch die geringeren Steuererlöse der letzten Monate
und die höheren Ausgaben für Kriegskosten hat sich ein Defizit
von drei Milliarden Franks ergeben. Neue Steuern
sind nicht mehr möglich, und die Ausgaben für den Sub-
minister Aletti will durch Anleiheemissionen vermindern
als Gegenmaßnahme werden. Man denkt daran, entweder
neue Schatzkassen auszugeben oder die belandete noch negativen
Zinsenleistungen in die Budgetverträge einbringen. Man
hat 4 bis 500 Millionen Franks für den Zweck
von 400 bis 500 Millionen Franks sich ergeben würde.

Ford als Vorbild

Duisbergs Begrüßungsrede

KÖLN, 12. JUNI

Bei der Einweihung der Ford-Werke hielt Geheimrat Duis-
berg im Verlauf des Eröffnungsanknüpfes eine Rede, die durch
ihren Inhalt für einen effizienten Begrüßungsakt ungewöhnlich
herzlichen Ton ausstrahlte. Er nannte den Rundgang durch
die Fabrik am Vormittag ein nicht alltägliches Erlebnis, das alle
in Erfahrung gesetzt habe. Wie müht man sich überlegen, ob
es Ford nicht vorbildlich sei, nicht nur, was die
Arbeitsmethoden angehe, sondern auch — wozu er die Firma be-
sonders beglückwünschte — im Hinblick auf die humanitären Ein-
richtungen für die Beschäftigten und auf manche andere Dinge.

Duisberg erwiderte und erhielt von Generaldirektor Reine die Er-
laubnis, „unser Ingenieure zum Studium der Einrichtungen des
Fordwerks delegieren zu dürfen“. „Ich freue mich“, sagte er, „daß
die Ford-Werke-Compagny zu uns gekommen ist, um aus deutschem
Material ein deutsches Auto zu machen.“

Wien unter Druck

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WIEN, 12. JUNI

Am Hausalltagsausfluß heute Finanzminister Dr. Guch
im Parteien unter höchstem Druck, ebenso wie zuvor der Bundes-
ratgeber. An der Befragung der Reichstagsparteien er-
klärte er die schleunige Verabschiedung des Mindestlohn-
gesetzes für die Hausalltagsleitung zur Rabinetsfrage. „Wir
müssen wissen, wozu wir sind“, erklärte er. „Kurzer Termin und
baldige Entscheidung, lo oder lo.“

Der Hintergedanke dieses Appells wird erhellt durch den Hinweis,
daß es nicht nur um das Mindestlohn- in der Hausalltagsleitung
ging, sondern daß auch die weitere Vertiefung des Zustandes
in der Stadtalltagsfrage von diesen Maßnahmen beeinflusst
werden. In der Tat hat sich in den letzten Tagen der französische
Druck auf die Regierung erheblich verstärkt, lo daß alle auf-
gegeben werden muß, den bisherigen Kurs zu sichern. Das geht
vor allem die Dröhung in den Finanzen, soweit sie aus eigener
Kraft geschaffen werden kann.

Man hofft, durch eine Verringerung der Gehaltsbauvorsorge die
Geldbeschränkung für das Minimalprogramm zu gewinnen.
Sollte es zu einer Bearbeitung der Budgetingebnisse kommen,
wird die Sozialministerin eine Artikelsteuer als außer-
ordentlichen, stark gefälligen Zuflucht zur Einkommensteuer ver-
langen.

Der Kampf um die Sanierung

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WIEN, 12. JUNI

Der Verleihen des Reichsbundkontrollmittels für die
Rechtsliche Sanierung am 1922 der Statuten des Reichs-
in Wien eingetroffen. Man geht kaum fehl, wenn man diesen
Verlauf mit der Regelung der vom Kontrollmittels bereits ge-
nehmigten Scharwachenleihe in Verbindung bringt
und mit der Bundeshaftung für Darlehen der Creditanstalt, die
gleichfalls der Zustimmung des Kontrollmittels bedarf.

In den Verleihen, die für die Leitung der Creditanstalt in
Betracht kommen, ist nun auch Direktor Willinger von der
Rechtskommission in Wien getreten.

Rechtsminister für die wichtige Eintragung, die sich wegen des
schwebenden Zustandes der Creditanstalt-Sanierung der Recht-
skommission bemächtigt hat, ist in Wien, dem auf offenbar haltlose
Gerichte hin gefern und auch heute noch die rechtliche Bear-
beitung in Graz ausgeführt war. Es ist ihr gelungen, alle Ein-
lagen-Rückstellungen zu betreiben.

Wechsel im revolutionären Kriegsrat

MOSKAU, 12. JUNI

Das Präsidium des Zentralerekutivkomitees der USRR, dem
Mikhail Tschudakowski zum stellvertretenden Volkstammisler für
Seeer und Marine und zum stellvertretenden Vorsitzenden des revo-
lutionären Kriegsrates der USRR, ernannt. Tschudakowski tritt
in die Stelle von Horowitsch, der zum Kommandant des wä-
rlichen Militärbezirks ernannt wurde, gleichzeitig aber Mitglied
des revolutionären Kriegsrates bleibt.

Tschudakowski, der 1893 geboren ist, gehört der Roten Armee
seit 1918 an. Er befehligte im Bürgerkrieg verschiedene Armeen
an der Ostfront und an der Westfront. Dem revolutionären
Kriegsrat der USRR, gehört er seit 1920 an. Tschudakowski ist
der Verfasser zahlreicher Werke über Kriegswesen. Er ist mit dem
Orden der Roten Fahne ausgezeichnet und Inhaber der revolutionären
Ehrenmedaille. Zuletzt war er Kommandant des Zentrar-
Militärbezirks.

Französisches Botschafter-Revirement

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 12. JUNI

Im heutigen Ministerrat wurde ein wichtiges diplomatisches
Revirement beschlossen. Der bisherige französische Botschafter
in Madrid Corbin, wird als Raffaele Peretti della
Rocca nach Brüssel versetzt. Peretti della Rocca, der eine

Dieses Lob des Präsidenten des Reichsrates der deutschen
Industrie wurde beglückwünscht von den Anwesenden mit hartem
Beifall quittiert. Das Mitglied des Reichsrates der Ford-Werke-
Compagny, Reichsminister Dr. G. W. L. Hertz, beehrte sich,
die Beifall und Beherzigung Duisbergs dankend zu nehmen. Wenn
man sehe, mit welcher Augenheftigkeit Dr. Duisberg seinem eigenen
Ausdruck wehrte, lo komme man auf den Gedanken, daß er ein
Ford-Werke im Sinne trage.

In diesem Zusammenhang darf nicht unerwähnt bleiben, daß
der Mitarbeiter des Reichsrates in der Fordfabrik zu Köln zur
Zeit auf 2 Wert die Stunde = 10 Mark täglich bei 5 Arbeit-
stunden in der Woche liegt. Allerdings darf man, daß die vor-
wiegend aus Köhler und rheinischen Arbeitern bestehende Belegschaft
sich mit dem Arbeitstagen noch nicht selbst hat befreundet
können und allerdah ausgezogen hat. Um die Übersetzung in
die amerikanischen Methoden zu beschleunigen, hat das Wert in
den letzten Tagen einen Gehalt amerikanischer Arbeiter aus
Dereit kommen lassen, die, wie es heißt, einen erheblichen höheren
Lohn bekommen als die deutschen Arbeiter.

Frankreichs europäische Verantwortung

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

MAILAND, 12. JUNI

Der italienische Völkerbundsekretär, General Giovanni
Mazzini, spricht in der Kurier „Stampa“:
Erst die Zeit und die eigene Erfahrung können eine Ein-
schränkung der Vereinigten Staaten in der Schuldfrage bewirken,
während die einseitige Einseitigkeit der Wiedergewinnung
vom Verständnis für die Unmöglichkeit einer nachhaften Zu-
kunft des Europas abhängt. Nur lo können die Vereinigten
Staaten bewegen werden, die gleiche Haltung zu ändern.

Selbst wird wir aber noch nicht lo weit, die Krise hat noch
nicht alle die Augen geöffnet. Besonders tröstlich ist es, daß
der Kaiserliche Botschafter gegen eine Revision des Young-
Plans von Frankreich und aus dem Munde Brindis
kommt, die doch einen Europabund anregt haben. Wenn man
wahrhaft den Frieden will, darf es in Europa weder Platz für
die finanzielle Verherberzung einer Macht geben, noch eine
Macht, die fortwährend der Not und Bedürfnis ausgeht ist.

Revision im Prozeß Daudet

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 12. JUNI

Das Wiederaufnahmeverfahren im Prozeß Philipp
Daudet jun., dem Sohn des Royalistenführers, scheint un-
mittelbar bevorzustehen. Damit finden die heranziehenden Bemühungen
des Vaters Jean Daudet Erfolg, der seit sechs Jahren be-
hauptet, sein Sohn sei „von Polizeigenossen ermorde“ worden,
während die letzten Verhandlungen mit der Feststellung
geendet hatten, der junge Daudet habe sich in einer Autodroh-
selbst erschossen, nachdem er einem Anarchisten Procu-
rator, der mit obigen Wärdern handelte, einen Daudet abgeliefert
hätte.

In einem laufenden Verleumdungsprozeß Daudet hat nun
ein Zeuge Gehör über den Tod des jungen Daudet
folgendes ausgesagt: Mehrere Polizisten, die den jungen
Daudet als angeblichen Anarchisten verfolgten, stellten ihn im
Loben des Buchhändlers. Als Daudet sich mit seiner Polizei-
Wache beugte, wurde er von dem Polizisten Colombo in Notwehr
erschossen. Bekannt habe man den jungen Jean erst, als er
schon bei einem Hügel am Fuße des Berges und dem Buchhändler
sich die Geliebte Procuator habe gemeldet. Diese ist bereit, jetzt
auszusagen, wenn man ihr Geld ausgereicht. Eine voll-
ständig glaubwürdige Darstellung des Vorfalles gibt heute der
Journalist Jean Zandua im „Matin“.

Der Wiederaufnahme-Antrag Jean Daudets ist nun bei Staats-
anwaltschaft bereits genügend beantragt worden.

Hatry's Helfer abgerichtet

Der italienische Bankier Giordani, ein ehemaliger Ge-
schäftstribun der englischen Seehandelsfirma, hat gegenwärtig
eine längere Gefängnisstrafe verbüßt, wurde zu fünf Jahren
schon 1904 an der Gefängnis unter Verurteilung eines
Jahres Unterdrückung neuzeit. Der Anklage lag seine Be-
teiligung an den Betrügern Hatry zugrunde.

27 000 neue Schulen in Spanien

Ein Dekret des spanischen Unterrichtsministers bestimmt die Ein-
richtung von 27 000 Schulen, wozu 7000 schon Ende dieses Jahres
fertig sein sollen.

Niederlage der deutschen Kohlen-Industriellen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENÈVE, 12. JUNI

Die deutschen Kohlenindustriellen auf der internationalen Arbeiterversammlung haben sich abermals eine gänzlich überflüssige Niederlage zugezogen, indem sie hier deutlich auf Gabotage der ganzen Kohlenproduktion gerichteten „unipolaren Befreiungen“ neuerlich in die Form eines „Antrags“ kleideten. Sie mühten nämlich, daß die Ratifizierung der Konvention durch Kanada und Japan für ihre Industriellen notwendig ist, falls, finden aber die Regierungen und die Arbeiter gefaßt gegen sich, da diese Konvention nur einmal vorzugsweise auf europäische Verhältnisse zugeschnitten ist. Infolgedessen wird sie auch in Kraft treten, sobald auch von den folgenden Regierungen sie ratifiziert haben; Belgien, Deutschland, England, Frankreich, Holland, Polen und die Schweiz. Danach dem Antragsfaktum wird die Konvention dann sofort nach der Ratifizierung durch die anderen Länder für dieselbe in Kraft treten. Dieser Versuch ist nunmehr der deutschen und der englischen Regierung verblüht gewesen, und alle Änderungsanträge wurden von der Kohlenkommission abgelehnt.

Die deutschen Kohlenindustriellen wollten sich aber wenigstens in der Pole der Patrioten noch eine Anzahl von Ueberstunden retten und brachten deshalb einen Antrag ein, auf Grund von Artikel 40 des Verfallener Vertrages möchte den deutschen Behörden mit Rücksicht auf die besondere hohe Belastung der deutschen Kohlenindustrie durch die Reparationsausgaben gestattet werden, für den Steinlohnzuschlag zwischen 60 Ueberstunden deren 75 zur Verfügung der Unternehmer zu stellen. Außerdem sollten die deutschen Behörden berechtigt sein, auf Grund von Kollektivverträgen weitere 75 Ueberstunden zu bewilligen.

Der englische Kohlenminister Schinnell beantwortete diesen Antrag das, was er ist, ein lamentables Wagnis, und verwarf das Argument, daß auf diesem Wege die Reparationsfrage nicht zu lösen lie. Die Arbeitergruppe lehnte den Antrag natürlich einmütig ab, da sie nicht die ganze Konvention wegen der Sonderwünsche der deutschen Industriellen gefährden wollte. Infolgedessen wurde dieser Antrag mit 24 gegen 10 Stimmen abgelehnt, wobei sich der deutsche Regierungsbevollmächtigte, der auf Grund der deutsch-englischen Verständigung wohl hätte dagegen stimmen müssen, der Stimme enthielt. Trotzdem wird ihm seine Stellung natürlich die schwersten Vorwürfe der Ueberstundenparteien eintragen, die gar nicht verstehen können, daß die deutsche Regierung allgemeine Interessen als nur die der Kohlenindustrie zu vertreten hat.

Aufkohlen-Syndikat gegen Kohlenpreisfestsetzung

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

ESSEN, 12. JUNI

Das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat wendet sich in einer Erklärung an die Reichsregierung, den Reichsminister für eine Sitzung der Reichsregierung der Deutschen Staatspartei, daß mit dem Vertreter des Bergbaus über eine Herabsetzung der Kohlenpreise um 1 Mark pro Tonne verhandelt werden lie. Vor Antrag der Vortragsredner sei der Aufkohlenverband unterrichtet worden, was die Vortragsredner bringen werde. Bei dieser Gelegenheit ist erwidert worden, welche Teilnahme für die Bekämpfung der Bekämpfung von der Reichsregierung die Aufkohlenvereinbarung erzielt würde, welche eine Preisfestsetzung herabsetzen könnte. Wichtig heißt es dann weiter:

Der Bergbau hat aber zum Ausdruck gebracht und begründet, daß er den Plan der Regierung für verfehlt hält. Deshalb kann man von einer Verhandlung mit dem Bergbau über eine Preisfestsetzung nicht sprechen. Dieser kann keine Hand zu einem Vorhaben der Regierung, das er für schädlich hält, nicht geben.

Die Erklärung des Aufkohlen-Syndikats klingt wie eine heilige Abmahnung des Bergbau der Regierung. Man darf jedoch annehmen, daß der Bergbau nur gewöhnlich und nicht in Schwärzungen mit den internationalen Industriegruppen, also in erster Linie mit der Braunkohle, zu verhandeln. Man will wahrscheinlich von vornherein dem Vortragsredner, sich an Verhandlungen beteiligt zu haben, die mit den sonst profanistischen Grundgedanken streng privatrechtlicher Wirtschaftsführung nicht ganz zu vereinbaren wären. Es dürfte also das letzte Wort in dieser Sache von der Aufkohlenindustrie nicht gesprochen sein.

Ersichtlich ist zu der Erklärung des Aufkohlen-Syndikats zu sagen, daß die Verhandlungen tatsächlich noch nicht stattgefunden haben. Zur Zeit ist die Reichsregierung für Arbeitslosenvermittlung damit beschäftigt, eine Erhöhung aufzustellen, wie hoch der Vertragsausfall durch eine Befreiung des Steinlohnzuschlags sein würde. Man ist zu etwa 28 Millionen für 7 Jahre, also für den Welt des Staatsjahres gekommen. Sobald ermittelt ist, wie sich diese Summe auf die einzelnen Syndikate verteilt, wird das Reichsstaatsministerium die Verhandlungen mit dem Vertreter der Syndikate aufnehmen.

Welche Last für alle

Der Berliner Wahlkreis der Deutschen Staatspartei fordert die Reichsregierung auf, daß sie mit aller Offenheit bei der Reichsregierung dafür sorgt, daß die Sozialen und Heuerlichen Ungerechtigkeiten der Vortragsredner befristet werden. In Reichsämtern müssen alle tagelöhner Schichten gleichmäßig belastet werden, es ist nicht richtig, daß nur einseitig die Arbeiter, Angestellten und Beamten belastet werden. Der von der Vortragsredner in Sozialen Kreise abgelehnt werden, könne sie von der Partei toleriert werden.

Die Einheitsfront der Reinfäger

Kommunisten mit den Bombenlegern solidarisch

Im Preussischen Landtag äußerte sich gestern der kommunistische Abgeordnete Dr. Kerff über die Mitteilung, daß er und einige andere Kommunisten bei dem preussischen Landtag gewesen seien, um die Begründung des wegen der Bomben-Attente verurteilten vormaligen Bauernführers Klaus Heim zu erreichen. Er protestierte gegen die Auslegung, daß dieser Sitzung als eine Verzeugsungsanbahnung für die Regierung aufzufassen sei.

Vielmehr hätte die Kommunisten beim Justizminister die Forderung aufgestellt das vormalige Bauernführers gefesselt, weil im Hintergrund der Bombenattente die Not der Bauern liege. Die A. P. D. sei ihm bewußt, daß sie mit der Forderung auf Befreiung des Bombenlegers Klaus Heim nur den Willen der breiten Massen erziele.

Die Erklärung des Kommunisten, die die Anbahnung der Kommunisten an die rechtsradikalen Bauernführer betrafte, löste im Landtag große Bewegung aus.

Im übrigen erledigte der Preussische Landtag eine Fülle von kleineren Vorlagen und Anträgen.

Mit dem Stimmen der Regierungenpartei und der Kommunisten wurde der beschlossene Antrag abgelehnt, der des Staatsministeriums erließ, das Substitut an dem Düsseldorf-Wörter-Kriterium vollziehen zu lassen.

Die Anträge der Wirtschaftspartei und der Deutschnationalen, die auf eine Änderung des geltenden Tarifrechtes hingielen, wurden nach längerer Debatte mit dem Stimmen der Regierungenpartei und Kommunisten abgelehnt.

Abg. von Waldhausen (Dnt) betonte hierzu, es handle sich für seine Partei nicht um eine Befreiung des Tarifrechtes, sondern um eine Staatsmaßnahme für eine wirtschaftliche Politik.

Abg. Brülener (Soz.) widersprach ihm mit dem Bemerten, es handle sich bei dem Vorlog gegen das Tarifrecht um die besonderen Wünsche der Schwerindustrie. Zu unheilbaren Folgen würden solche Anträge führen, denn man würde ein Wert, dem eine Herabsetzung der Löhne um 25 v. H. zugestimmt

Seltamer Koalitionsplan in Baden

Ablehnende Haltung der Demokraten

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

KARLSRUHE, 12. JUNI

Die Nachricht vom bevorstehenden Eintritt der badischen Volkspartei in die Schwarz-rote Regierungskoalition, eine gewöhnliche Sache für die breite Öffentlichkeit, aber in engeren politischen Kreisen nur Bekämpfung schon lange gehörter Annahmen, hat eine Klärung der politischen Lage geschaffen.

Man weiß nun, daß die vormalige Landesregierung, wenn auch nicht einmütig, dem Beitritt zur Koalition beschlossen hat und ihren Fraktionsführer Dr. Matthes, Gustav-Fischer in Stodden, als Kandidaten für das Finanzministerium präsentiert. Der bisherige Finanzminister Dr. Schmitt (Soz.) würde das bis jetzt verwalte Justizministerium übernehmen und die Minister Wittmann (Soz.) im Innern und Dr. Wemmel (Soz.) im Kultusministerium würden bleiben.

Das Fiasko der Landtagsgenossenschaften

Der Untersuchungsausschuss zur Überprüfung der Vorgehens bei der Kreditbewilligung der Preussischen an die Landtags- und Reichstagen-Genossenschaften nahm am Freitag den von Abg. Leinert (Soz.) erhaltenen Bericht über das Ergebnis der Beweisaufnahme entgegen.

Die Organisation der Landtagsgenossenschaften war, so führte der Berichtserichter aus, vielfach fehlerhaft. Baden hatte z. B. ein Automobilkonto von mehreren Hunderttausend Mark. Die finanziellen Eigentümer der Landtagsgenossenschaften hatten einen Grund nicht in scharfer Wirtschaftssage der Landtagsarbeit, sondern in der Propaganda für eine Umstellung ihrer Aufgaben, die wohl im Sinne der Politik des Reichsanbundes lag, aber mit gesellschaftlichen Interessen nicht vereinbar war.

Zusammenfassend erklärte der Berichtserichter, das gesamte Fiasko der Genossenschaften ist nicht auf das Bedürfnis, gesellschaftliche Zwecke zu fördern, zurückzuführen, sondern auf die Forderung wirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Zwecke. Dieser feine gesellschaftlich ungenügende Beamte und Angestellte eingestellt worden.

Die Aussprache über den Bericht soll am 2. Juli stattfinden.

Veränderungen im diplomatischen Dienst

Der deutsche Gesandte in Athen, von Kardorff, und der deutsche Gesandte in Petro, von Dorch, sowie der General-Konsul in Antwerpen sind zur Disposition gestellt worden. An Stelle des vom Gesandten in Wien ernannten früheren Botschaftsrats Rieth ist der Vortragende Legation

wurde, konferenzfähiger machen und damit die anderen Wirklichkeitsbereiche demotivieren.

Auch die Vertreter des Zentrums, der Kommunisten und des christlich-sozialen Volksvereins sprachen sich in gleichem Sinne aus.

Der Ablehnung verließ auf den Antrag der Deutschnationalen, die Regierung solle in allen Schulen eine kurze Zusammenfassung der wissenschaftlichen Bestimmungen des Reichs-Vertrages und des Deutschnationalen zur Verteilung bringen lassen.

Angenommen wurde dagegen ein Antrag des Unterrichtsministeriums, in dem die Regierung ersucht wurde, Vorstände zu machen, wie oben dem günstigen oder teilweisen Erfolg der Studiengebühren an den Hochschulen die früher übliche Stundung wieder eingeführt werden könne.

Gegen Sozialdemokraten und Kommunisten fanden Anträge des Unterrichtsministeriums Aufnahme, an der neunjährige Schuljahre und der Befreiung an den höheren Schulen schuldhaft und rechtlich noch einseitiger Formulierung der geplanten Schulreform den Landtag zu hören.

Die Mehrheit des Landtags stimmt dem Antragsantrag zu, in dem die Regierung aufgefordert wird, die finanziellen Gesichtspunkte zum nächstmöglichen Termin einzugehen zu lassen.

Nur wurde ein Auswahlausschuß angenommen, um dem die Einzelheiten vom allen einseitigen und präventiven absetzen und in gleichen Sinne auch auf die Gemeinden und Gemeinverbände einwirken sollen. Ebenso sollen die Ausgaben für Dienstfahrten, sowie für Erneuerung von Dienstwohnungen und Repräsentationsräumen auf das geringste Maß beschränkt werden.

Nächste Sitzung am 10. Juli: Dritte Beratung und Schlußabstimmung über den Staatsvertrag mit den evangelischen Kirchen und über das Alterserholungs-gesetz. Abmahnung über den kommunistischen Wählerantrag gegen die Staatsregierung, sowie über den kommunistischen Antrag auf Erzielung der Aufhebung der neuen Steuerordnung.

Den Demokraten ist ein Staatsratsposten freigeblieben und während das Zentrum unentwerfen die Volkspartei favorisiert, sehen sich die Sozialdemokraten hart für einen Eintritt der Demokraten in die Koalition ein. In ihren Reihen sind sehr harte Beschlüsse gegen eine Koalition mit Sozialdemokraten, Zentrum und Volkspartei laut geworden, die in den einflussreichsten Kreisen der Partei für untragbar erachtet wird.

Die Demokraten haben bisher jeden Eintritt in die Koalition wegen der Kontinuität und Personalpolitik abgelehnt. Es ist kaum anzunehmen, daß sie von diesem ihrem Standpunkt abweichen, wenn nicht Garantien in dieser Richtung gegeben würden. Sie würden sich nicht mit neuen Ministern befassen, sondern neue Methoden fordern, und das tiefe kaum zu erreichen, sind die Kandidaten für die große Koalition in Baden sehr unglücklich. Da dann diese seltsame Dreiparteien-Koalition wirklich zustande kommt, hängt von den Entscheidungen der Landesauswähler der beteiligten Parteien in den nächsten Tagen ab.

finestral Fischer vom Auswärtigen Amt zum Botschaftsrat bei der Botschaft in Paris ernannt. General-Liebling, Reapel, ist zum General-Liebling in Barcelona ernannt worden. Reichs-Liebling in Berlin wurde zum General-Liebling ernannt. General-Liebling Meyer wurde zum Botschaftsrat in Washington ernannt, und der Botschaftsrat Gahr, Washington, wurde als Delegations-Auswärtiger Amt einberufen. Vortragender Delegationsrat Windel ist zum General-Liebling in Zürich ernannt als Ersatz für den freiziehenden Botschaftsrat Reichsregierung, Ministerialdirektor Sellmann. Der Botschaftsrat Jmelner aus dem Auswärtigen Amt ist zum General-Liebling in Reapel ernannt worden.

Neue Gewaltakte der Kommunisten

In Baden haben die Kommunisten am Freitag nachmittags von neuem versucht, zu gewaltsamen Vorgehen gegen die Polizei aufzurufen. Es verhielten in die Folgezeit eine öffentliche Verammlung abzuhalten. Als die Polizei mit einem Streifenwagen erschienen, blühten die Teilnehmer nach der Straße Bernburg, die nach dem Zugabstand führt, und blühten von dort die Polizei. Die Beamten haben sich genötigt, ebenfalls von der Schutzpolizei Gebrauch zu machen. Es wurden ungefähr 60 Schüsse geschossen, wodurch 10 Arbeiter und eine Frau getroffen wurden.

Auch in Wien kam es zu einem größeren Zusammenstoß der Kommunisten mit der Polizei. Als ein Zug von etwa 150 Kommunisten in Klein-Plätzen von Arbeiterbeamten aufgehalten werden sollte, wurde Widerstand geleistet und ein Offizier durch einen Messerstich verletzt.

Nachdem die Beamten Verhaftung erhalten hatten, gingen sie gegen die Anstimmung vor, wobei es zu einem Aufruhr in der Nähe kam. Bei der Schere wurde, sowie festgehalten, ein Kommunist erschossen. Eine unbestimmte Frau erhielt einen Beschuss.

Wie die „Weststation“ entstand

Die ersten Menschen in Grönlandwinter.

Vor der Wegener-Tagödie

Von

FRANZ KELBL.

Mitglied der Deutschen Grönlandexpedition

World-Copyright 1931 by „Akademi“ Berlin
Copyright 1931 für U.S.A. by „New York Times“
Nachdruck, auch auszugsweise, verboten

Sieben- bis acht Monate lang, während der Grönlandexpedition, um Professor Alfred Wegener den Tod gefunden hat, eingetroffen. Dieser Aufbruch wurde von dem Stundquartier der Expedition aus durch Schritten nach der dänischen Kolonie Umanak befohlen, von wo er zu uns gelangte. Bei seiner Abfassung war die Tragödie von Professor Wegener noch nicht bekannt.

Was uns Anfang Oktober hier in 1000 Meter Seehöhe aufgefangen und herumgelassen hatten, war das Produkt monatelanger aufwendiger Transportarbeit über fette Wägen, Gläser und Spalten des Inlandfliegers. Ich habe mich oft gewundert, daß keiner von den Beteiligten gründlicher Rechenhaftigkeit mit den verpackten Spalten gemacht hat. Diese Transportarbeit ließ sich ungefähr mit der Beförderung von Schutzhüten im Dogschäfer durch gelübte Bergführer vergleichen. Aus dem wahren Schauen von Räten, Säden, Bretterverschlägen und sonstigen recht merkwürdigen Fundstücken hatte sich in wochenlangem Arbeit fähigst unter W e i ß e n a gebildet. Das Winterhaus, alles was draußen in mehreren Depots über und unter der Oberfläche gelagert ist, und die Einrichtungen und Behälter im Innern haben sich durch den Versuch in eine zusammenhängende Einheit verwandelt. Das Zeug mit dem ostfriesische Bootbauern war noch länger Zeit durch die reichlichen Schneefälle des Winter einbruchs in Zusammenhang mit dem Wind, der hier nur selten durch, der übrigen Schneeoberfläche gleich kommt.

Während der Dunkelheit spielte sich das Leben fast ausschließlich „unterirdisch“ ab und das Verleben des Saues war meistens feig unangenehm, denn die Schneefälle leiteten den Winter ein. Außerdem war es gar nicht so einfach, aus unserer Verfassung herauszukommen, denn der Schneesturm verbote uns regelmäßig die verschiedensten Ausgongskonstruktionen und die Schneefälle gedrückt zweimal unser Fortschritt.

Erstheim mit tiefere Temperaturen ermarkten, konnten wir das Anzeilen des Saues selbst bei 40 Grad Abwärts Aufenstemperatur immer noch auf Zimmerwärme heizen. Zur Beleuchtung und Heizung verwenden wir Petroleum. Unter unrichtigstem Feinbirgt 10 Schloßpfeile, Säcke, Füllentwerner, Werraum, Füllhüte und einen großen Aufnahmestraum. Die Schloßpfeile sind durch Gordinen vom Aufnahmestraum getrennt. Durch die Wert, welche gelangt man in das Vorratssatz und von dort durch verschiedene Tunnel zum Sprengstoffdepot, zur leimischen Station und anderen „Espace“ - Räume e m e d e r e n .

In diesen dunklen Räumen streifen wir mit 8 Mann unter Dornen. An der Küste des Fjordes sind 10 Kilometer Entfernung haben und ebenfalls ein Winterlager. Die mit 2 Mann besetzt war und weil keine andere Verbindung bestand, lo wurde manche F u r t o u r b e i m a n d l i c h über den zerstückten und tiefverschuldeten Gletscher nicht. Weitens herrschte, nachteiligste durch die veringerte Wirkung der Polarlichter, resp. Treiben in der Dämmerung. Es sei denn, daß wieder eine Schloßpfeile um sich ge-

griffen hätte, dann glaubte man doch manchmal an den Winterhöl der Polarlichter.

Nur unter Meteorologie schwebte mit schweren Schritten seine Pflichten zu verfolgen. Diese durch die Morgenfrost und den tiefen Schnee, alle in der Nähe befindlichen Fische, Stühle und Luftungen mit sich zersch. Dann publiziert der Meteorologe die Wetterlage und Wetterausblick für heute“, dann danach richtete sich das Wetterprogramm des Tages im Freien. Wenn draußen, wie es meistens der Fall war, nicht gearbeitet werden konnte, trat alsobald wieder Ruhe ein. Alles schief weiter, nur der Ofen lang lief. Das wurde an dem, wenn der Tag seine Arbeit fortsetzte. In tiefer Schicht wurde in das Gas und ein Mann waren in Bewegung. 3000 Eimer haben wir auf diese Weise hergestellt. Es galt die Parole: „Die Förderung nicht aufhalten!“, und an der Gde des Einganges in den Aufnahmestraum konnte ein Abgangsteig oft gerade noch im letzten Augenblick den Zusammenstoß mit einem Eimer verhindern.

Während der extremen Jahreszeiten in der Arktis pflegte man hier alle Tag und Nacht zu verlaufen, und ich hörte manchmal mal die in den Wägen hinein die verschiedensten Geräuschkulde des Arktisplatzes aber irgend eine andere lebhafte Belebte an seine Schloßpfeile dringen und losgeräusch eingehaftes verluste. Ein anderes Mal habe ich es dann ebenso gemacht.

Die Weisheitsdialekt verbanden wir mit einiger Aufwechslung durch Extrapolation, was nach die bis dahin ungeschätzten Vorteile aus der Heimat traten. Die bereit während der Schiffsverbindung im Herbst hieherkamen. Wir hatten loor Weißbäuche, Säcke mit Lichtern und dachten in Sorge an unsere Romernden auf Samite, die nicht nur dieses Samite enthalten müßten, und von denen wir seit drei Monaten kein Lebenszeichen hatten. Wie sich zeigte waren die Geschickter unterer Winterbewohner, weil sie durch die ungeschätzten Eisenerhaltstoffe an rechtzeitiger Speisefuhr verhindert waren. Sie hatten uns beim Bau der Schneefelder und machten sich allgemein nützlich. Anfang März hatten kreuzförmige Gräben über die sie den geliebtesten Einrichtung auf die Weststation. Sie brachten uns frisches Gemüsefleisch und Fische, was bei uns in dieser Zeit sehr hoch im Kurs stand. Denn das Fleisch unserer im Herbst gelandeten Paderpferde hatten wir bereits schon lange

Einiges Mallos wurde ein Romernd in das Vorratssatz und kam zurückgeführt mit dem Auf: „trinet lalat!“ (vernomme Stunde). Er löst den nächsten Knäppel und dann hört man milden Rärm im Vorratssatz. Die Weststationer hatten für einen Weg in das Vorratssatz gehandelt und ungefähr 50 Stunde langierten den Inhalt des Fettes. Das war ein gefährlicher Zustand, denn lo ein grönlandischer Seltenshüden frist Stride, Gummi, Eisfest, Kommer, Salz, und selbst die Gliederung von elektrischen Kabeln! Am 7. Februar schon die Sonne zum erstenmal in diesen Tagen wieder auf unter Sauehoch, nachdem sie uns Mitte November vermissen hatte. Es wurde während der Winternd am Mittag niemals ganz dunkel, sondern wir hatten immer noch leuchtendes Dämmerlicht. Nachts halbes manchen gelberliche Nordlicht über dem fernestehenden Himmel. Erst bei der Mondhänge, dann war es ein wunderbarer Anblick. Nun aber nimmt der Tag mit Weißerfichten zu und nähert sich der Winterndatione. Das bedeutet für uns den Beginn der Hauptarbeit der Expedition. Die Aufstellungen sind viel leichter geworden.

Am 7. Februar waren die Vorbereitungen für die Expeditionstätigkeit auf dem Landesbereich im Gange. Es wurden Zelte repariert, Instrumente überholt und alle andere Ausrüstung instand gesetzt. Und nun waren wir auf das Eintreffen neuer Lieferanten für die erste Fahrt nach „Samite“, die vor allem unseren botigen Romernden gilt.

Greifener im Warenhaus

Die Reichwehr hilft löschen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

KÖNIGSBERG, 12. JUNI

Am letzten Abend des im Geschäftszentrum am Königsberger gelegenen Kaufhauses Alexander u. Ceterenach hat heute nachmittag gegen 15.30 Uhr ein Großfeuer aus. Das Feuer, das seinen Ursprung im Engrosrogler hatte, breitete sich mit rasiger Schnelligkeit aus.

Als die Feuerwehr eintraf, fand bereits die ganze Dachstuhl im Flammen. Während nach den ersten Schlauderdüslungen gefügt wurden, fraßen sich die Flammen zu dem nach dem Mittelschiffen Markt gelegenen Gebäudeteil durch, lo daß in wenigen Minuten der obere Teil des Saues ein einziges Flammenmeer bildete. Die herabfallenden Säuren und Balken erfüllten in den engen Straßen sehr die Köpfe mit.

Die Polizei leistete schnelle Hilfe. 450 Schuttpolizeibeamte wurden in rascher Folge eingeleitet. Auch die Reichwehr beteiligte sich an den Löscharbeiten. Mit 25 Rohren gelang es in einstufiger Schwerk und gefährlicher Arbeit, den Brand zu lokalieren. Das vierte Gebäude und das Dach des Gebäudes sind vollkommen ausgebrannt. Durch das Feuer wurden Sechshundert von Schuttschauer an die Brandstelle gelodt. Das Personal und die Besucher des Kaufhauses konnten auf den ersten Alarm bin sämtliche gefährdeten Räume verlassen, lo daß niemand bei dem Brand verletzt wurde. Bei den Löscharbeiten haben mehrere Feuerwehrleute Brandverletzungen erlitten.

in den letzten Monaten fortgesetzt in einem Berliner Kaufhaus wertvolle Waren gestohlen. Er führte zu seiner Entfugung aus, daß er, entgegen seiner Erwartung, in Berlin seine Stellung fand und deshalb auch nicht seine Studien weiter betreiben konnte. Das diesem Grund hätte er die wissenschaftlichen Studien gestohlen, um sie erst durchzuarbeiten und dann bei Stoffbahnen zu verkaufen. Er wurde zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Ein Tollwutfall in Berlin?

Zwei Personen erheblich verletzt

Während nachmittag wurden in der Jungfernhof 19 in Berlin D der Fresse Otto Jösch und seine Frau von einem Hund durch Fische schwer verletzt. Der Fresse mußte in das Suburban-Krankenhaus gebracht werden, während seine Frau nach kurzer Behandlung aus der Weststationelle in ihre Wohnung entlassen werden konnte. Nach den bisherigen Ermittlungen scheint das Tier von der Tollwut befallen zu sein.

Der Fresse hatte den Hund vor etwa acht Tagen erworben. Das Tier hätte bis jetzt keinerlei Krankheitsmerkmale gezeigt. Die Fresse hat bis jetzt es für möglich gehalten, daß der Hund, abgesehen von dem Wundstich, einige molle, konnte ihn nicht und zerflechte ihm beide Arme und den Oberkörper. Laut um Hilfe rufend, lief Jösch auf die Straße. Fünf Stürze das stürzte Fische sich auf die Frau Jösch und verlegte sie gleichfalls schwer.

Augenblicke waren Automobillisten, die gerade durch die Jungfernhof fuhren, auf den Notfall aufmerksam geworden. Sie verließen, das Tier mit einer eisernen Gänge niederknüllend.

Doch gelang ihnen das nicht. Während die beiden Verletzten zur nächsten Weststationelle gebracht wurden, alarmierten die Weststationer die Polizei. Der Saue gefürchtet wurde, wurde von den Beamten eingeleitet und durch mehrere Schiffe geteilt.

Der Märchenerzähler

Am Rande der Kriminalität

„Für uns“, laut die Polizei, „ist der Fall dieses Schöffers erledigt. Der Mann hat behauptet, er sei in der Nacht zum 3. Juli auf der Chaussee Karow-Buch in räuberischer Absicht überfallen und niedergebunden worden; wir konnten ihm dagegen nachweisen, daß die Tat nichts weiter als eine Erzählung seines romantischen weites Darle.“

Und wirklich — kriminalistisch gibt das Märchen des „überfallenen“ Mannes nicht mehr viel her. Er ist gefähig, die Öffentlichkeit irrezuführen zu haben. Es ist nur richtig, wenn er als Wüßhals seines Geistes eines Strafes wegen großen Unfugs aufgebunden bekommt.

Aber der Tatbestand beginnt genau da merkwürdig zu werden, wo es jenseits der kriminalistischen Untersuchungsbereiche liegt. Er sei hier mitgeteilt als ein wertvolles Stück Berliner Lokalgeschichte und als typisches Ereignis einer Zeit, in der das Geltungsbedürfnis des einzelnen durch einen unabhängigen Intelligenzprozeß in demselben Maße gesteigert wird, in dem die Wertungsbildung der Persönlichkeit sinkt.

Im Polizeibericht heißt es: „Er hat die Tat begangen, um seinen Braut ohne vorzuzugenden und um seinen Namen in den Zeitungen zu veröffentlichen.“ Über die drei Jahre Mann mit dem Nummernbedürfnis — Grönland-Flüchtiger Sohn adhänter Eltern, genannt Schloffer seit langer Zeit. Nicht vorherbestimmt. In Zeiten, in denen eine bessere wirtschaftliche Konjunktur zahlreiche Geisteslosen an die glänzende Oberfläche bringt, erhebt er eine hochgehobte Stellung als Privat-Schloffer. Hier kam er in engste Berührung mit der vornehmen Welt. Er öffnete seine Taschen für die in der Welt einlegen kann. Seiner Tage hat er, daß er ungenügend sich ausah. Alles Tages ließ ihn eine Dame, deren Angestellter er war, an ihren eigenen Freuden teilnehmen, als sei er ihresgleichen. Er wurde das, was man einen „hüben Liebhaber“ nennt. Und später galt er als der heimliche Freund mancher hochsitzierten älteren Damen.

So auch in allererster Zeit. Er fand in sehr niedrigen Beziehungen zu einer nicht ganz jungen, aber reichen Dame, die seinen Unterhalt bestritt. Kurze Zeit vor dem angeblichen Überfall erklärte sie jedoch dem Freunde, sie könne jetzt nicht länger für ihn sorgen; er müsse leben, allein auszukommen. Und es geschah folgendes: Er nahm eine Stellung als Dreifachschloffer an. Zu der ersten Nacht fuhr er mit dem letzten Wagen nach Buch heraus. Er hatte dicke Tage eingeleitet. An irgendeiner waldigen Stelle der Chaussee machte er halt, nahm eine starke, aber nicht zu starke Dosis Veronal, holte aus seinem Zerkerzeugen einen Sommer hervor, schloß die Kammer und legte sich in den Chausseegebenden und schlief ein.

Seine Spekulation erwies sich zunächst als richtig. Als die Kommissare den Schloffer am Morgen in tiefer Bewußtlosigkeit aufwachten, hatten sie den bestimmten Eindruck, er sei einem schweren Betreiben zum Opfer gefallen. Sie ließen den armen Mann sofort in ein Krankenhaus überführen. Hier schloffer sich aus und hier spielte er meisterhaft den Schwermkranken. „An ihm ist ein Schuttpfeiler verloren gegangen“, sagt ein Kommissar und erzählt nachher, daß der Schloffer eine Reihe amüsanter Couplets geschrieben habe. Es liegt nahe, daß der Mann einmal in etwas ungewöhnliche Art darauf hinarbeiten wollte, daß etwas Besseres an ihm verloren gegangen sei. Jedenfalls: seine Vernehmung im Krankenhaus gestaltete sich schwierig. Wenn die Kommissare ihm zu nahe auf den Zeit rühten, bekam er plötzlich Kopf- und Weisheitswehen, erklärte, der Unterhaltung nicht mehr folgen zu können und bot die Zierge, das Verhör abzubrechen zu lassen.

Gefühler war er, wenn ihn seine Bekanntschaften noch besseren Tagen her, deren Interesse an ihm jetzt aus nahegelegenen Gründen wieder geweckt worden war, am Krankenlager aufsuchten. Sie kümmernten sich reichlich um ihn — und mit diesem Ja in der Hauptfrage beabsichtigten Erfolg war er zufrieden.

So wäre der gesunde Mann noch lange todtkrank geblieben, wenn er nicht die Zeitungen zu Gesicht bekommen hätte. Da wurde der Verbaudi, daß sein Lieberfall nur ein gut erlornenes Märchen sei, ganz eindeutig ausgeprochen. Am Sa gefürchtet er ein und hatte es plötzlich fürchterlich eilig, sich in häusliche Pflege zu begeben.

Jetzt erlornen noch einmal die Kommissare. Sie luben das „Opfer“ ins Polizeipräsidium. Sie wiesen ihm nach, daß der Werdannmer zu seinem eigenen Auto gefahrt habe und für dicke gar nicht ohne weiteres erreichbar gewesen sei. Wiesen ihm nach, daß er, entgegen seinen Behauptungen, weder Kommunität noch Nationalitätsgelitz sei, daß es sich bei der Tat weder um einen Raubüberfall noch um einen Raubdiebstahl noch um ein politisches Attentat gehandelt habe, sondern lediglich um ein begabtes Märchen.

Ha. Wa.

Studium durch Diebstahl. Wegen vorläufiger Nichtschloß hatte sich der 26jährige österreichische Student Erwin Schick vor dem Schnellrichter zu verantworten. Der Angeklagte hatte

In der Havel ertrunken. Geltern nachmittags ist die 21 Jahre alte Helma Freitag aus Bantzen, Schloßpfeiler, in die Havel in der Nähe von Ostow, ertrunken. Sie war zum Wasser mit ihrer Schwester zum Schwimmen gefahren.

Familiennachrichten

Kurze Familienanzeigen

Wochelt: Seine Waise mit Gattin **Wochelt**, Hamburg. — **Geburt:** Geborenen mit Mutter **Wochelt**, Bremen. — **Wochelt:** **Hilf Wochelt** mit Frau **Zuber**, geb. **Schmidt**, Frankfurt/B. — **Johannes Wochelt** mit Frau **Wochelt**, geb. **Rieg**, St. Wenzel. — **Wochelt** **Wochelt** mit Frau **Wochelt**, geb. **Wochelt**, St. Wenzel. — **Wochelt** **Wochelt** mit Frau **Wochelt**, geb. **Wochelt**, St. Wenzel. — **Wochelt** **Wochelt** mit Frau **Wochelt**, geb. **Wochelt**, St. Wenzel. — **Wochelt** **Wochelt** mit Frau **Wochelt**, geb. **Wochelt**, St. Wenzel. — **Wochelt** **Wochelt** mit Frau **Wochelt**, geb. **Wochelt**, St. Wenzel. — **Wochelt** **Wochelt** mit Frau **Wochelt**, geb. **Wochelt**, St. Wenzel.

Herrn und **Frau** **Wochelt**, geb. **Wochelt**, St. Wenzel. — **Wochelt** **Wochelt** mit Frau **Wochelt**, geb. **Wochelt**, St. Wenzel. — **Wochelt** **Wochelt** mit Frau **Wochelt**, geb. **Wochelt**, St. Wenzel. — **Wochelt** **Wochelt** mit Frau **Wochelt**, geb. **Wochelt**, St. Wenzel. — **Wochelt** **Wochelt** mit Frau **Wochelt**, geb. **Wochelt**, St. Wenzel. — **Wochelt** **Wochelt** mit Frau **Wochelt**, geb. **Wochelt**, St. Wenzel. — **Wochelt** **Wochelt** mit Frau **Wochelt**, geb. **Wochelt**, St. Wenzel. — **Wochelt** **Wochelt** mit Frau **Wochelt**, geb. **Wochelt**, St. Wenzel. — **Wochelt** **Wochelt** mit Frau **Wochelt**, geb. **Wochelt**, St. Wenzel.

Roch schwerer Krankheit entsetzt getreten am 11. Juni 1931 um 11 Uhr 15 Min. im Alter von 72 Jahren. Beerdigung am 13. Juni 1931 um 11 Uhr 15 Min. im Alter von 72 Jahren. Beerdigung am 13. Juni 1931 um 11 Uhr 15 Min. im Alter von 72 Jahren.

Johannes Hoffmann

am 14. Lebensjahr.
Wir verlieren in dem Seinsgegangenen unseren Führer. Seine rastlose Arbeit, seine unermüdbare Tätigkeit hat unserer Gesellschaft genützt, bezweckend es zu seiner vortrefflichen Lebensarbeit gemacht hat. Wir glauben, dem Seinsgegangenen nicht höher ehren zu können, als daß wir neulichen worden, auf seinen Wegen in seinem Sinne weiterzugehen.

Berlin-Dahlem, den 11. Juni 1931
Dresdenerstr. 1-3.

In tiefer Trauer:
Deutsche Gesellschaft für innere Kolonisation
mit beschränkter Haftung.

ppp. Siege.

Die Beerdigung findet am Montag, dem 15. Juni 1931, 15.15 Uhr, bei der Kapelle des Südtierfelder Friedhofes, Berlin-Südtierfeld, Eugener Straße, aus statt.

In tiefer Trauer zeige ich hiernit an, daß der Inhaber der

Deutschen Dlimarken-Gießerei Johannes Hoffmann

Herr Johannes Hoffmann

am 10. Juni 1931 nach schwerem Leiden verstorben ist.

Berlin-Dahlem, den 11. Juni 1931
Königin-Luise-Str. 44.

Der Präfurist:
Ferdinand Siege.

Die Beerdigung findet am Montag, dem 15. Juni 1931, 15.15 Uhr, bei der Kapelle des Südtierfelder Friedhofes, Berlin-Südtierfeld, Eugener Straße, aus statt.

Woch furam schwerem Leiden erkrankt am 8. Juni mit heftiger Grippe, unter steter Bettruhe, Schenker, Mittel und Beihilfe, der

Dr. Louis Schönfeld

im 74. Lebensjahre. Im Rahmen der hinterbliebenen Blanca Schönfeld.
Die Einäscherung hat auf Wunsch unserer lieben Angehörigen in aller Stille stattgefunden.
Von Beerdigungen bitten wir abzusehen.

Berlin SW 62, Kurfürstendamm 110.

Kommerzienrat William Busch

Bauten

Wir betrauern den Verlust unseres Vorfahren, des Herrn

Kommerzienrat William Busch

Bauten

Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 16. Juni, 12.30, in Hamburg, Ohlsdorfer Friedhof, statt.

Berlin, den 11. Juni 1931
Bismarckstraße 25

Deutsche Wagenbau-Vereinigung

Deutsche Automobil-Industrie (Deumi)

Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 16. Juni, 12.30, in Hamburg, Ohlsdorfer Friedhof, statt.

Wir betrauern den Verlust unseres Vorfahren, des Herrn

Kommerzienrat William Busch

Bauten

Wir betrauern den Verlust unseres Vorfahren, des Herrn

Kommerzienrat William Busch

Bauten

Wir betrauern den Verlust unseres Vorfahren, des Herrn

Kommerzienrat William Busch

Bauten

Wir betrauern den Verlust unseres Vorfahren, des Herrn

Wir betrauern den Verlust unseres Vorfahren, des Herrn

Kommerzienrat William Busch

Bauten

Wir betrauern den Verlust unseres Vorfahren, des Herrn

Kommerzienrat William Busch

Bauten

Wir betrauern den Verlust unseres Vorfahren, des Herrn

Kommerzienrat William Busch

Bauten

Wir betrauern den Verlust unseres Vorfahren, des Herrn

Jüdische Gemeinde

Einsetzung der Repräsentanten-Versammlung am Sonntag, den 14. Juni 1931, um 10 Uhr, im Sitzungssaal der Synagoge, Berlin, Oranienburger Straße 90, 11.

Zwangsversteigerungs-Ergebnisse

F. m. Antsgericht Berlin-Mitte: Elissaer Str. 39 in Berlin, der Eiro Grundstücke 10 m, m. b. h. Berlin geb. 2, 23.35 a. N. 55.29 Markt. Mit dem Gebot von 150.000 RM bar und Übernahme von 25.000 RM Hypothek blieb die Berlin-Charlottenburger A. G. für Grundbesitz in Berlin W. 8, Jagdgraben 9, Ersterhin.
Rudersdorf Str. 65 in Berlin, dem Rechtslehner Dr. Hermann Gollmann in Wien geb. 7. 806 a. N. 14.290 Markt. Mit dem Gebot von 80.000 RM bar blieb der Fleischermeister Josef Haller in Berlin, Ruderstraße Str. 65, hinter.
Beim Amtsgericht Berlin-Lichtenberg: Aufhebung: Kontor, Wohngebäude u. Acker an Frankfurter Allee Nr. 124 in Berlin-Lichtenberg, der Firma Gebrüder u. Transport-Wagenbau Lange und Gutzeit in Berlin gebogen.
Beim Amtsgericht Berlin-Lichtenberg: Behauer Hofmann Trifstr. 64a in Berlin-Malabestr. dem Zimmermann Karl Götz, ebenda, geb. 7. 8. 89 a. N. 500 Markt. Mit dem Gebot von 15.000 RM bar blieb der Kolonialwarenhandler Hermann Bräune in Berlin, Adalbertstr. 44, Ersterhin.



Wohlbekannt unter **Dönhoff 3600-3666**
Fernsprecher: **Dönhoff 3666**
u. **Haus-Apparat 145**
und wenn bei Operationsnachmittag 5 Uhr, wenn die Aufnahme in der nächsten Morgenausgabe erfolgen soll.

Ein- und Zweiwöchige Einstellung

Hofmann: riedrichstr. 72 in Berlin-Lichtenberg, dem Kfm. Oskar Diebel in Berlin geb. 6. 17 a. N. 1210 M. Hofmann mit Gebäuden Zaanderstraße 6, Ecke Gieselerstraße 40 in Berlin-Kaulsdorf, dem Fbkt. Israel Kermann in Berlin-Kaulsdorf geb. F. 13.29 N. 2540 M.

Beim Amtsgericht Berlin-Tempelhof: Adolfsstr. 78

Berlin-Marienfelde: dem Kfm. Christian Fortmann, ebenda geb. F. 10 a. N. 3900 RM. Mit dem Gebot von 47.000 RM bar blieb der Bouvier Friedrich Steiner in Berlin-Neukölln, Emsler Str. 105, Ersterhin.

Beim Amtsgericht Berlin-Pankow: Ernstweilige

Ein- und Zweiwöchige Einstellung: Harzburger Straße 2 in Berlin-Blumenberg, dem Zigarrenhändler Otto Heinz in Berlin-Blankenburg geb. F. 16.12a. N. 325 M.

Aufhebung: Acker

zwischen der Hausnummer in Berlin nach Buch und dem Wege von Karow nach Malchow in Berlin-Karow, dem Maschinen Schlosser Josef Stoffen und dem Schlosser Ernst Stefan gebogen.

Beim Amtsgericht Berlin-Schöneberg: Ebersstr. 54

Berlin-Schöneberg: dem Bankdirektor Axel Iwas in Potsdam in Schweden geb. F. 3. a. N. 7900 M. Mit dem Gebot von 52.500 RM bar blieb der Schlossermeister Franz Ring in Berlin-Wilmersdorf, Berliner Str. 116, Ersterhin.

Potsdamer Str. 121 k

Berlin: dem Kfm. Karl Ewe in Berlin geb. F. 11.71 a. N. 21.500 M. Mit dem Gebot

Ein- und Zweiwöchige Einstellung

Hofmann: riedrichstr. 72 in Berlin-Lichtenberg, dem Kfm. Oskar Diebel in Berlin geb. 6. 17 a. N. 1210 M. Hofmann mit Gebäuden Zaanderstraße 6, Ecke Gieselerstraße 40 in Berlin-Kaulsdorf, dem Fbkt. Israel Kermann in Berlin-Kaulsdorf geb. F. 13.29 N. 2540 M.

Beim Amtsgericht Berlin-Tempelhof: Adolfsstr. 78

Berlin-Marienfelde: dem Kfm. Christian Fortmann, ebenda geb. F. 10 a. N. 3900 RM. Mit dem Gebot von 47.000 RM bar blieb der Bouvier Friedrich Steiner in Berlin-Neukölln, Emsler Str. 105, Ersterhin.

Beim Amtsgericht Berlin-Pankow: Ernstweilige

Ein- und Zweiwöchige Einstellung: Harzburger Straße 2 in Berlin-Blumenberg, dem Zigarrenhändler Otto Heinz in Berlin-Blankenburg geb. F. 16.12a. N. 325 M.

Aufhebung: Acker

zwischen der Hausnummer in Berlin nach Buch und dem Wege von Karow nach Malchow in Berlin-Karow, dem Maschinen Schlosser Josef Stoffen und dem Schlosser Ernst Stefan gebogen.

Beim Amtsgericht Berlin-Schöneberg: Ebersstr. 54

Berlin-Schöneberg: dem Bankdirektor Axel Iwas in Potsdam in Schweden geb. F. 3. a. N. 7900 M. Mit dem Gebot von 52.500 RM bar blieb der Schlossermeister Franz Ring in Berlin-Wilmersdorf, Berliner Str. 116, Ersterhin.

Potsdamer Str. 121 k

Berlin: dem Kfm. Karl Ewe in Berlin geb. F. 11.71 a. N. 21.500 M. Mit dem Gebot

Ein- und Zweiwöchige Einstellung

Hofmann: riedrichstr. 72 in Berlin-Lichtenberg, dem Kfm. Oskar Diebel in Berlin geb. 6. 17 a. N. 1210 M. Hofmann mit Gebäuden Zaanderstraße 6, Ecke Gieselerstraße 40 in Berlin-Kaulsdorf, dem Fbkt. Israel Kermann in Berlin-Kaulsdorf geb. F. 13.29 N. 2540 M.

Beim Amtsgericht Berlin-Tempelhof: Adolfsstr. 78

Berlin-Marienfelde: dem Kfm. Christian Fortmann, ebenda geb. F. 10 a. N. 3900 RM. Mit dem Gebot von 47.000 RM bar blieb der Bouvier Friedrich Steiner in Berlin-Neukölln, Emsler Str. 105, Ersterhin.

Beim Amtsgericht Berlin-Pankow: Ernstweilige

Ein- und Zweiwöchige Einstellung: Harzburger Straße 2 in Berlin-Blumenberg, dem Zigarrenhändler Otto Heinz in Berlin-Blankenburg geb. F. 16.12a. N. 325 M.

Aufhebung: Acker

zwischen der Hausnummer in Berlin nach Buch und dem Wege von Karow nach Malchow in Berlin-Karow, dem Maschinen Schlosser Josef Stoffen und dem Schlosser Ernst Stefan gebogen.

Beim Amtsgericht Berlin-Schöneberg: Ebersstr. 54

Berlin-Schöneberg: dem Bankdirektor Axel Iwas in Potsdam in Schweden geb. F. 3. a. N. 7900 M. Mit dem Gebot von 52.500 RM bar blieb der Schlossermeister Franz Ring in Berlin-Wilmersdorf, Berliner Str. 116, Ersterhin.

Potsdamer Str. 121 k

Berlin: dem Kfm. Karl Ewe in Berlin geb. F. 11.71 a. N. 21.500 M. Mit dem Gebot

Handelsregister

Neueregistrungen (mit Angabe von Straße und Hausnummer) (Nachdruck verboten).
Abt. A: Chemigraphie Scholz & Co. Graphische Kunst-anstalt, Bin-Neukölln, Hohrentstraße 67. — **Gertrud Kirchner** 40, Alstertorstraße 40. — **Verbandsgesellschaft von Radio-geräten**.
Abt. B: Sächsisch-Thüringische Portland-Cement-Fabrik Prützing & Co. A.G. Zweigniederlassung Berlin, Giesewitz a. d. Saale—Berlin W 45, Schöneberger-Ufer-126-15, Grundst. 5.900 (RM) Vorland: Kaufleute Hans Piper u. Richard von Benitzberg, Berlin, sowie Chem. Ernst G. W. Prützing, Nienburg a. d. Saale — „Prümsium“, Metallbetriebe, stellen A.-G., Berlin-Marionfeld, Benitzstraße. Grunk: 500.000 RM. Vorstand: Kfm. Curt Schillbach, Berlin.

Vergleichsverfahren

Neuangeordnete:
Verunglückte Zwergerstätten für Künst im Handwerk G. m. b. H., Berlin W 30; Georg Grunert A. G., Berlin-Lichtenberg; „Creditbank zu Fallersleben“ G. m. b. H., Fallersleben-Föllersdorf; „Heilbrunn Schützenfabrik Ludwig Maier & Cie. A. G., Heilbrunn a. N.; H. H. Steinhilber Sohn Langenbielau, Reichenbach/Schl.

Aufgehobene:

Komm.-Ges. August Swoboda & Co., Buchholz/Amnberg, Erbschulze; o. H. Mehan, Schuhwarenfabrik Augsburg, Carl Levinger; Augsburg; Kinkhardt & Biermann Komm.-Ges.

Neue Konkurse

Augsburg: Herbert & Co. G. m. b. H. E. 6. 6. A. 24. 6. G. m. b. H. F. 7.
Baden-Baden: „Strima“ Strickwaren Manufaktur A. G. E. 6. 6. A. 2. 7. G. 26. 6. 17. 7. M. H. Löwenberg/Schl.; o. H. Kling & Co., Pirmasens; o. H. Carl Lanser, Stuttgart; o. H. Carl Schuler, Würzburg.

Der Liquidator und der Geschäftsinhaber

der Darmstädter und Nationalbank

Komm.-Ges. August Swoboda & Co., Buchholz/Amnberg, Erbschulze; o. H. Mehan, Schuhwarenfabrik Augsburg, Carl Levinger; Augsburg; Kinkhardt & Biermann Komm.-Ges.

Handelsregister

Neueregistrungen (mit Angabe von Straße und Hausnummer) (Nachdruck verboten).
Abt. A: Chemigraphie Scholz & Co. Graphische Kunst-anstalt, Bin-Neukölln, Hohrentstraße 67. — **Gertrud Kirchner** 40, Alstertorstraße 40. — **Verbandsgesellschaft von Radio-geräten**.
Abt. B: Sächsisch-Thüringische Portland-Cement-Fabrik Prützing & Co. A.G. Zweigniederlassung Berlin, Giesewitz a. d. Saale—Berlin W 45, Schöneberger-Ufer-126-15, Grundst. 5.900 (RM) Vorland: Kaufleute Hans Piper u. Richard von Benitzberg, Berlin, sowie Chem. Ernst G. W. Prützing, Nienburg a. d. Saale — „Prümsium“, Metallbetriebe, stellen A.-G., Berlin-Marionfeld, Benitzstraße. Grunk: 500.000 RM. Vorstand: Kfm. Curt Schillbach, Berlin.

Neue Konkurse

Augsburg: Herbert & Co. G. m. b. H. E. 6. 6. A. 24. 6. G. m. b. H. F. 7.

